

Jack Pritscher Netzwerk Gewerkschaft gegen Krieg

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Am 1. August 1914 begann Deutschland den ersten Weltkrieg.

Am 1. September 1939 überfiel Nazi Deutschland Polen. Dies war der Beginn des 2. Weltkriegs.

Die schrecklichen und barbarischen Untaten der deutschen Faschisten und ihrer Handlanger veranlaßten 1957 den Deutschen Gewerkschaftsbund, auf Antrag der IG Metall, den 1. September zum jährlichen Gedenktag gegen Krieg und Faschismus auszurufen.

## **Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner**

Krieg ist keine Lösung, weder in der Ukraine noch im Konflikt zwischen Israel und Palästina und in beiden Kriegen mischt Deutschland gehörig mit. Sei es durch massive Waffenlieferungen an die Ukraine, aber auch, zwar seit kurzem eingeschränkt, an Israel.

Die Profite der deutschen Rüstungskonzerne brechen alle Rekorde.

Der Bundeswehrtat beträgt nächstes Jahr weit über 100 Milliarden Euro.

Es geht nicht um Landesverteidigung. Es geht darum, überall auf der Welt mitzumischen.

Bundeskanzler Merz beschwört in seiner ersten Regierungserklärung:

Deutschland soll die stärkste und schlagkräftigste Armee Europas bekommen. In Zukunft müssen 5 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden, Jährlich 250 Milliarden Euro, oder die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Warum diese horrenden Militärausgaben wichtig sind, wird uns gleich mit schmackhaft gemacht.

Fortwährend wird behauptet, daß Rußland bereits in 4 Jahren die Nato angreifen kann. Je größer und ungeheurer die Lüge, desto eher wird sie geglaubt. Krieg gegen Rußland wird seit über 200 Jahren aus dem Westen geführt.

1812 zogen französische Truppen unter Führung Napoleons vor die Tore Moskaus. Der Bayrische König Max Josef stattete den Feldzug mit 35000 Bauernburschen aus, von denen nur 5000 zurückkamen. In den beiden Weltkriegen von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 verwüsteten deutsche Truppen große Teile Russlands bzw, der ehemaligen Sowjetunion. Also wer da wen mehrmals überfallen hat dürfte eigentlich allen klar sein.

Um für ihr Aufrüstungsprogramm die Werbetrommel rühren zu können, ist den Regierenden, den Militärs und ihren Medienfritzen in Deutschland nahezu jedes Mittel recht. Ich stelle mir dabei immer die Frage: Warum soll Rußland die Nato angreifen, die 10 mal so hoch gerüstet ist.

1 Billion Euro Sondervermögen, besser gesagt Sonderschulden, fürs Militär hat der letzte Bundestag, kurz vor seinem Abtritt noch mit einer Grundgesetzänderung beschlossen.

Davon sollen 500 Milliarden gleich in die Bundeswehr gepumpt werden und die anderen 500 Milliarden in wichtige Infrastruktur. Hier sind vor allem militärisch wichtige Straßen, Brücken, Schienen und Schifffahrtswege gemeint. Dazu gehören auch Krankenhäuser und die Uniklinken die Verletzten zu versorgen haben.

Wer soll für dieses Horrorprogramm zur Kasse gebeten werden?

Die Reichen und Schönen auf keinen Fall, denn Steuererhöhungen für Besserverdienende schließt die CDU/CSU kategorisch aus. Fürstin Gloria wird's freuen. Den Großkapitalisten im Land verspricht der Koalitionsvertrag großzügige Subventionen und Steuergeschenke.

Bundeskanzler Merz will den Sozialstaat im Herbst gravierend umgestalten. Er sagt auch gleich wie. Die Deutschen arbeiten zu wenig und zu kurz. Rentner und Bürgergeldempfänger arbeiten gar nicht. Für Rentner soll ein soziales Jahr eingeführt werden, denn zum Waffenreinigen und Bettenschieben taugen die Meisten allemal noch.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund betont im diesjährigen Aufruf zum Antikriegstag, die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Der DGB fürchtet, Deutschland könne sonst unter die Räder der Großmächte USA, China und Rußland geraten. Auch wenn der DGB im Aufruf fordert, das zusätzliche Rüstungsausgaben nicht zu Lasten des Sozialhaushalts, oder der Ausgaben für Bildung und Forschung gehen dürfen, muß der Aufruf zum Antikriegstag dennoch als ein ja zur Hochrüstung und damit auch als ein ja zum Sozialabbau gelesen werden.

Für uns als Gewerkschafter kann das nur heißen, das wir in den Gremien der Einzelgewerkschaften für unsere Antikriegspositionen kämpfen, um Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Kampf gegen Krieg, Faschismus und gegen Ausländerfeindlichkeit, in Gewerkschaft und Betrieb zu gewinnen. Schließlich sind die Beschäftigten in den Betrieben die Ersten, die sie an die Front schicken. Da wird nicht nach männlich, weiblich, Divers oder nach der Herkunft gefragt.

Deshalb ist es wichtg, das viele Menschen sich dieser Kriegspolitik bewußt werden und dagegen auf die Straße gehen. Die nächsten Möglichkeiten sind am 20.September in Grafenwöhr und am 3. Oktober in Stuttgart und Berlin.

**Danke für Eure Aufmerksamkeit**